

Saale-Beitung.

Zweimundertziger Jahrgang.

Anzeigen

werden die Gephaltene Kolonialzeit...

Ersteit täglich zweimal...

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle...

Bezugspreis für Halle monatlich bei postmaler...

Nr. 43.

Halle a. S., Sonntag, den 26. Januar.

1913.

Dem Kaiser.

Wer mit offenen Augen die Lage des Vaterlandes...

Wir haben schon angedeutet, daß uns die Lage des Reichs...

Die Jungtürken an der Macht.

Die Ereignisse erregen fortwährend in Konstantinopel...

Konstantinopel, 25. Januar.

Eine Menge von mehreren tausend Köpfen füllte gestern...

men. — Der neue Minister des Innern Hadysi Abil hat...

Die Haltung der Mächte.

Petersburg, 25. Januar.

Es steht fest, daß die Mächte der Tripelentente...

Konstantinopel, 25. Januar.

Es scheint, daß die Einberufung im letzten Sommer...

Paris, 25. Januar.

Die türkischen Bevollmächtigten in London erklärten...

„Es gibt Demittierungen, die zu ertragen man von einem Volke nicht verlangen kann. Selbst Deutschland hat 1871 von Frankreich die Lebergabe von Belfort nicht verlangt. Die Haltung Frankreichs und Englands setzt uns in großes Erstaunen. Bei uns macht man sie für die gemeinsame Drogung verantwortlich. Das Ministerium Riamil, das franzosen- und englandfreundlich war, ist gestürzt. Die Männer, die jetzt an der Macht sind, sind Deutschland ergeben. Deutschland darf heute sagen, daß es uneuropäische Zwangsmassregeln erspart hat. Seine Stellung ist jetzt bei uns unangreifbar. In der heutigen Türkei gibt es keine Franzosen- und Engländerfreunde mehr. Wir haben England und Frankreich gewarnt, wir haben ihnen gesagt, sie sollen uns Adrianopel lassen, sie haben nicht hören wollen, und nicht einmal, wie die Neutralisierung der Umgegend von Adrianopel vorgeschlagen worden sei. Die Folgen haben sie sich selbst zuzuschreiben.“

Die Stimmung in Bulgarien.

Sofia, 25. Jan. Der Ministerpräsident Geshow bewahrt den Ereignissen gegenüber seine heitere Zuversicht. „Ich kann mir nicht vorstellen“, erklärte er einem Korrespondenten, „worauf sich die Jungtürken stützen wollen. Im Großen Rat waren doch zahlreiche Mitglieder des Senats vertreten, der von den Jungtürken zusammengesetzt worden ist und an dem Riamil-Kaisa nicht gerührt hat. Und die Armee? Die vielen Jungtürken sind ja von ihr erst im Mai vorigen Jahres gestürzt worden! Nein, das über Nacht entstandene Regime kann nicht von langer Dauer sein.“ Er fragte weiter: „Hat Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, irgend welche bestimmten Entschlüsse gefaßt?“ Antwort: „Nein, wir wollen vorläufig abwarten, welche Stellung die Mächte den Ereignissen gegenüber einnehmen.“ Ich habe Grund, anzunehmen, daß sich Herr Geshow in diesem Sinn auch den Geländeten gegenüber ausgesprochen hat, die ihn gestern nachmittag angelockt haben. Die diplomatischen Kreise legen sich angelegentlich der ungelückten Lage Zurückhaltung in ihren Einschätzungen des Konstantinopeler Anlaufes an. Soweit sie sich über den „jungtürkischen Hofspruch“ äußern, geschieht es mit ausgesprochenen Zweifeln. „Ich weiß nicht“, erklärte einer von ihnen, „worauf sich die Jungtürken stützen wollen. Geld haben sie nicht, und wie weit die Armee mit ihnen gehen wird, läßt sich nicht absehen.“

Der russische Druck.

London, 25. Jan. Trotz der offiziellen Ablehnungen aus Petersburg glaubt man hier den jumeist aus Odessa kommenden Berichten, wonach Russland das armenische Problem aufzurollen beabsichtigt, um durch diese Handhabe die Türkei zum Eingehen auf die Forderungen der Balkanverbündeten zu zwingen.

Gerüchte vom Auslaufen der russischen Schwarzmeeerflotte.

Sofia, 25. Januar.

Aus Warna wird gemeldet, dort sei das Gerücht verbreitet, daß die russische Schwarzmeeerflotte, bestehend aus 11 Kriegsschiffen, vor dem Bosphorus kreuzt.

Die türkischen Friedensbelegierten nicht abberufen.

In Konstantinopel herrscht andauernd völlige Ruhe. Die einzige außerordentliche Erscheinung ist eine größere Zahl von Patrouillen in den Straßen. Die neue Regierung beschloß, von einer Abberufung der Belegierten abzulassen. Dem „Neologos“ zufolge wird sie den Mächten auf ihre Note antworten, die Entscheidung müsse, der Verfassung entsprechend, dem Parlament überlassen bleiben. „Zeni Galeta“ und „Adam“ sind auch gestern nicht erschienen. Der unabhängige „Serbesti“ schreibt, alle Parteien müßten sich um die neue Regierung kümmern. Der „Sabah“ meint, der Wiederbeginn der Feindschaft sei unvermeidlich.

Deutsches Reich.

Die Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses

beriet am Freitag abend den Antrag Schiffer (natl.), der einen Gesetzentwurf enthält, der es ausschließt, mit der Disziplinierung in der Eintragung zur Teilnahme an konfessionellen Religionsunterricht auszuweichen. Die Vertreter der Partei des Antragstellers haben hervor, daß der Gesetzentwurf an sich unnötig sein müßte, weil jetzt schon eine rechtliche Grundlage für einen derartigen Antrag nicht bestehe, in dessen habe das Kammergericht verschiedene mißverständliche Urteile gefällt, so daß eine authentische Interpretation des gegenwärtigen Rechtszustandes notwendig erscheine, was eben der Gesetzentwurf anstrebe. Der Regierungsvertreter führte aus, daß die durch das allgemeine Landrecht zugelegte Freiheit des Religionsunterrichtes sich nur auf die Religionsbekenntnisse erkrde, die auf dem Glauben an einen persönlichen Gott beruhen. Die Betätigung wurde abgebrochen und wird in der nächsten Kommissionssitzung fortgesetzt werden.

Europa — Amerika.

Zur Einrichtung eines kommerziellen drahtlosen Dienstes zwischen Amerika und Europa hat sich Direktor Fredow von der Deutschen Telefunken-Gesellschaft nach New York begeben. Der „Tag“ erklärt dazu, daß mit dem Ausbruch „kommerzieller Dienst“ an eine drahtlose Verbindung gedacht wird, die dem gesamten Verkehr dienen soll im Gegensatz zu den bereits bestehenden Stationen, die für den Schiffsverkehr und die Landesverteidigung eingerichtet sind. Das geplante Unternehmen wird am besten dadurch erklärt, daß man es als einen Parallelverkehr mit dem Kabeldienst bezeichne.

Die Deutschen treten damit in Konkurrenz mit Marconi, nach dessen System die bisher einzige drahtlose Verbindung für den allgemeinen Dienst zwischen Amerika und Europa hergestellt ist. Die betreffenden Stationen befinden sich in Clifden auf Irland und der Glocca auf Neufundland. Für den deutsch-amerikanischen Telefunkendienst sind auch bereits die beiden Endpunkte in Aussicht genommen. Hier wird es Klauen sein und drüben Samwel auf Bang-Island. Die amerikanische Gesellschaft, die den Betrieb übernimmt, ist die bereits bestehende Atlantic Communication Compagny.

Der polnische Nationalrat.

Die Polen sind allmählich ein Staat im Staate geworden. Die Berührung mit den Deutschen hat dieses zweifellos begabte, aber zersätere und verwahrloste Volk allmählich zur Disziplin und einer gewissen Organisationsfähigkeit erzogen; der Schutz der Gesehe und Rechtsordnung, den alle Bürger gleich genießen, gab ihnen die Möglichkeit, sich in Vereinen und wirtschaftlichen Verbänden zusammenzuschließen und aus all diesen Organisationen ein beinahe einheitliches System zu bilden, angefaßt dessen man wohl von einem Staate im Staate sprechen kann. Besonders charakteristisch ist die Disziplin, welche zurzeit in der polnischen Presse über die Möglichkeit und Nützlichkeit eines Nationalrates geführt wird. Zur Zeit des Entlangungsgelages tauchte die Idee zum ersten Male auf. In der „Gazeta Piotrowska“ erscheint ein ansehend eingeweihter:

„Vor allen Dingen muß ich daran erinnern, daß der Gedanke von irgend einer Instanz oder Institution, welche in ersten Augenblicken in der Form eines Aufsichtsrates oder etwas Ähnlichem der Gesamtheit Polens geben müßte; so und so muß man handeln — in einem ersten Augenblick entstanden ist, in dem Augenblick nämlich, als die Gesamtheit es erfahren hat, daß im preuß. Landtag die Entlangungsurloge eingebracht werden sollte. Das war, wenn ich nicht irre, im September oder Anfang des Jahres 1907. Im September hat auf jeden Fall beim verstorbenen Josef Roscielski eine Beratung über die Stellungnahme zu diesen Nachrichten stattgefunden.“

Man sieht aus dieser Aufzählung, worum es sich bei der Gründung eines Nationalrates handelt. Der Staat im Staate, zu dem das Volkstum allmählich herangewachsen ist, drängt nach einer Spitze, die von der Gesamtheit als solche anerkannt wird und das einheitliche Funktionieren des Apparates für Zeiten, wo ein solches notwendig wird, garantiert. Der Staat im Staate will sich eine Verfassung geben. Er bedarf einer oberen Instanz, die soll der Nationalrat bilden.

Vielleicht ist es gut, wenn der Nationalrat wirklich zustande kommt, weil durch ihn der gefährliche Staat im Staate auch für diejenigen Deutschen greifbar wird, die heute noch nicht daran glauben wollen.



als die aus dem Osten, aber leider mit geringem Erfolg. Die Kreisnachrichte der Landwirtschaftskammern sind durchaus auf gemeinsinniger Grundlage aufgebaut; paritätische Komitees sind nicht möglich, weil hier die noch notwendigen Arbeitsorganisationen fehlen. (Weißf.)

Hdg. Hoffmann (Soz.):

Das ist der Punkt der hohen Zahl Sitten Sie mich bei der Generaldebatte sprechen lassen, dann brauchte ich nicht noch einmal zu kommen. Der Redner protestiert gegen die Behauptungen des Hdg. Reich, dass die sozialdemokratische Bewegung an der Zeit der hohen Zahl Sitten sei und trägt erneut Fälle von Verhandlungen und Ungehörlichkeiten gegen die Landarbeiter vor, u. a. einen Fall, wo ein 15jähriges Mädchen eines geringen Vermögens vom dem Amtsvorsteher des Rechts zu dem Zeitpunkt und ins Gefängnis geschickt ist, wo sie 18 Tage habe sitzen müssen. (Sitzf. Hdg. Reich h. d. Soz. - Laden rechts.) Wenn Sie über solche Vorfälle lachen, Herr von Wappenstein, kann geteilt das an den Schandspiegel der Welt zeigen. (Sitzf. Hdg. Reich h. d. Soz. - W. Rdm.)

Vizepräsident Dr. Krause: Dafür rufe ich Sie zur Ordnung. (Weißf. rechts.)

Hdg. Reich (Konf.):

Wir haben nicht über solche an sich recht betrübende Vorfälle gelauscht, vorausgesetzt, daß sie wahr sind, sondern über ganz etwas anderes. Ich brauche das wohl nicht erst zu nennen. (Sitzf. Reich und Zustimmung rechts.) Es widerspricht dem Grundgedanken eines konfessionellen Mannes, wenn er sehen muß, daß ein Streiter seine Lebensarbeit gegen einen Schwachen ausnimmt. (Sitzf. Reich richtig.) Kautes Leben bei den Soz. Ihnen selbst dafür jedes Verständnis. Ein ländlicher Arbeiter, der seine Leute nicht hat, wäre außerordentlich zu tun. (Sitzf. Reich richtig.) Nicht mehr aus Menschenfreundlichkeit, sondern schon aus rechtlicher Pflicht muß er sich mit seinen Leuten gut stellen, weil er sonst sich selbst bedrohen und seinen Acker selbst bestellen muß. (Sitzf. Reich richtig.) Um übrigen mögen die Sozialdemokraten doch ihre eigenen Leute segnen. (Sitzf. Reich richtig.) Ich erinnere nur an die Eisenbahnunfälle und an die Verhältnisse der Arbeiter in den Fabriken. Es bedarf keiner eingehenden Unterredung, um festzustellen, zu welcher Partei die Arbeiter gehören. Das muß einmal gesagt werden. (Weißf. rechts.)

Hdg. Hoffmann (Soz.):

Wenn Sie dem Anwohnerfragen und von den Messerschreibern reden, dann denken Sie daran, wie den Eingezogenen die Revoluzzer gegeben hat, mit denen sie aus Verweigerung die eigenen Streikbrecher erschossen haben. Wie kann man die Angehörigen eines Arbeitervereins mit dem Gefolge auf dem Lande verwechseln? (Sitzf. Hoffmann richtig.) Wenn Sie wirklich in der sozialdemokratischen Welt des Bundes der Landwirte so zu tun, wie Herr Reich es hier geschickt hat. (Lachen rechts.) Es ist ja immer wieder die alte Geschichte: Sie treten vor einen Spiegel, sehen sich und sagen dann: Gott, ich sehe ein rotes Menschenbild. (Sitzf. Hoffmann links.) Herr Reich, wenn Sie sich nicht für die Sozialdemokraten bedauern, dann schaffen Sie gefälligst die Gefährdung

und die Unfreiheit der Landarbeiter ab. Sonst sind Sie mitverantwortlich für diese Zustände. (Zustimmung b. d. Soz.)

Hdg. v. Weiser (Konf.):

In einer unrichtigen Kommission Art werden hier von Herrn Hoffmann Einzelfälle vorgetragen, die mir doch unmöglich nachprüfen können. Daher lieber wieder zur sachlichen Arbeit, und da begreife ich, daß notwendig auch für die Ausbildung der Obedienten in Westfalen ein Fonds von 50 000 RM. eingestiftet ist.

Hdg. Zornemann (Sentr.):

danke für die Einweisung eines Fonds von 3000 Mark für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft im Elsaßfeld. Hoffentlich wird durch diese finanzielle Unterstützung auch in diesem etwas zurückgebliebenen Gebiete durchgreifende Förderung geschaffen und eine Landflucht beseitigt.

Damit ist der Landwirtschaftsausschuss erledigt.

Der Gefühlsakt.

Die Budgetkommission hat die Verlegung des Stadterweiterungsgebietes nach Straußfurt abgelehnt und fordert die Verlegung auf, in einem künftigen Etat Mittel für den Ankauf eines für die Volkshausgegend geeigneten Gutes nachzugeben.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schölermer:

Auch die Budgetkommission ist in im Prinzip bereit, daß an sich das Stadterweiterungsgebiet in einem geeigneten Ort, als Straußfurt, abgelehnt werden soll. Die Frage ist nur, ob Straußfurt nun geeigneter ist oder nicht. Die Regierung ist noch heute der Ansicht, daß die gegen Straußfurt erhobenen Einwände nicht in vollem Umfang beseitigt sind. Aber wie stellen die Entschädigungen anheim. Sollte sich im nächsten Jahre unsere Auffassung von der Eignung Straußfurts für die Volkshausgegend bestätigen, so werden wir noch wieder mit dem Antrag an das Haus herzutreten, das Gebiet nach Straußfurt zu verlegen.

Hdg. v. Arnim-Jübsand (Konf.):

verpflichtet eingehend den abzuhebenden Verzicht der Kommision.

Oberlandratsminister v. Dettling:

Der abgelehnte Beschluß der Budgetkommission ist sehr bedauerlich, denn wir hätten in Straußfurt eine vorzügliche Weidweide gehabt.

Hdg. Graf Henckell-Dannewitz (Sentr.):

trägt Wünsche der schlesischen Bauernvereine vor.

Hdg. Weiser-Diebold (Natl.):

spricht im Sinne des Kommissionsbeschlusses und bekennt ein Hauptgeheimnis für die Provinz Hannover, die bisher nur ein Landgeheimnis besitzt, obwohl sie in der Provinz ein zweites Stelle hat.

Hdg. v. Derben (Freifonk.):

Erzählt bei keinen kassatischen Boden und eignet sich daher nicht mehr für ein Hauptgeheimnis. Eine künftige Verengung des Bodens mit Holz aber empfiehlt sich nicht. Aber ob Straußfurt nun besser ist als Graditz, ist zweifelhaft. Es muß doch

noch andere Orte in Preußen geben, wo Herde gut gehalten werden können. (Zuruf: Rüterberg. - Geleitrecht, da dies der Willkür des Bedenkers ist.) Nein, ich denke vielmehr an die Viehweiden.

Hdg. Dr. Sarenhorst (Freifonk.):

unterstützt die Verlegung des Hofes Weiser auf Erhaltung eines Hauptgeheimnisses für die kassatische Provinz durch die Provinz Hannover. Das neue Gebiet sollte nach Hannover verlegt werden, es gibt dort viele passende Orte. Ohne die Provinz Hannover ist eine ordentliche Remontierung unserer Kavallerie und Artillerie überhaupt nicht möglich. Allerdings lassen die gestiegenen Preise zu wünschen, obwohl eine Aufbesserung wünschenswert ist. Dabei, Herr Oberlandratsminister, werden Sie schon, treten Sie beim Reichsausschuss für sich auf und sehen Sie höhere Preise für die Remonten durch. Die Landwirtschaft bringt Leute mit der Herde auf dem Staat geachtete Opfer. Ergeben müssen wir uns von gewisser Mäßigkeit abhalten lassen, daß wir agrarische Viehe haben verlangen, wenn wir hier für höhere Preise eintreten. (Sitzf. Weiser rechts.)

Hdg. Schwabach (Natl.):

verlangt eine Ermäßigung der Sprunggelder im Interesse der armen kleineren kassatischen Pferdebesitzer. Seine Reichstagsfraktion ist bereit, eine Erhöhung der Remontepreise zu bewilligen. Der Redner ergänzt die vor einigen Tagen vom Hdg. Hoff vorgeschlagenen Klagen der sachsenpreussischen Pferdebesitzer über die neue Abrechnung.

Hdg. Graf Cammer-Dietrich (Konf.):

Auch in der Provinz Sachsen besteht Abminderung über die neue Abrechnung. Der Minister sollte seinen Einfluß geltend machen, daß Milderungen eintreten.

Hdg. v. Laatz (Konf.):

spricht seine Freude aus, daß das Gebiet Reuland a. D. erhalten bleibt und verlangt Vermehrung der Stuten für das Gebiet.

Hdg. Bruns (Sentr.):

empfiehlt Ankauf von Hengsten in Belgien.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schölermer:

Ich werde, daß von einer Verlegung von Reuland a. D. nicht die Rede ist. Nach längerer Verhandlung mit der schlesischen Landwirtschaftskammer habe ich meine Zustimmung dazu gegeben, daß die Durchführung in dieser noch nicht sehr für Pferde gut entwickelten Provinz sich in der Richtung der Weiser, Oldenburg und Preußen bewegen soll. Ich glaube nicht, daß es sich empfiehlt, dies Ziel durch Zuzug anderer Hengste zu durchkreuzen. Es ist nur eine kurze Überlegungsgang.

Oberlandratsminister v. Dettling:

Wir sind mit der Vermehrung der Stuten beschäftigt. Der Antrag des Hdg. v. Bruns für die Abrechnung in Schlesien kann ich nicht nachkommen. Die beteiligten Kreise werden mit der Zeit sehr zufrieden sein.

Der Kommissionsantrag wird angenommen. Das Haus verlegt sodann die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr. (Ausklang des Mannens.)

Schluss 5 Uhr.

Der Abschluß ist um 9 642 067 Kronen für das 3. Quartal 1912 ungünstiger als für dasselbe Quartal des Jahres 1911.

Letzte Depeschen.

Abwartende Haltung der Delegierten.

□ London, 25. Januar.

Wie das Wolffsche Telegraphenbureau erzählt, sind die Delegierten der Balkanstaaten heute zusammengekommen, haben jedoch noch keine endgültigen Entschlüsse gefaßt. Sie haben diese für morgen angesetzt, da sie immer noch die Intentionen ihrer Regierungen erwarten. (Es scheint demnach, daß auch die Regierungen sich abwartend verhalten. Sie werden ihre weiteren Schritte vermutlich von der Haltung der Türken abhängig machen. Ausgeschlossen scheint es jedenfalls nicht, daß die Anreden endgültig erledigt sind. D. Red.)

(Vergleiche Artikel auf Seite 1.)

Die Stimmung der Mächte.

Paris, 25. Jan. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Berlin: Auch ohne eine formelle Abrede zwischen den Großmächten anzunehmen - sie werden sich zunächst zu den Ereignissen in Konstantinopel abwartend verhalten und der neuen Regierung eine gewisse Frist zur Beantwortung der Kollektivnote lassen -, glauben wir nicht, daß die französischen Meinungen über eine Frottendehnung der Großmächte mit der Meinung der französischen Regierung übereinstimmen. Wir halten eher die aus Paris vorliegende Frottendehnung für zureichend, nach welcher die Politik Frankreichs darauf gerichtet ist, ein Sondergehen einzelner Mächte zu vermeiden und notwendig werdende Schritte als Willensäußerung Europas vorzunehmen zu lassen und ein für die Frottendehnung einflussreicher Beschluß des Ministerrats nicht herbeizuführen. Es ist wenig ephemerisch, daß der Temps einen arabischen Schriftsteller seine Spalten öffnet, der die kleinasiatische Frage aufwirft. Die Meldungen über ein Sondergehen Anglands in Armenien sind durch das bisherige Verhalten Anglands nicht bestätigt. Für eine Veränderung dieser Haltung liegen bis jetzt keine Beweise vor. Die Meinung der Wiener Allgemeinen Zeitung über Abmachungen Englands, Anglands und Frankreichs über eine Aufteilung der asiatischen Türkei im Inter-

essengebiete möchten wir mit mehr als einem Fragezeichen versehen.

Oesterreich sperrt die Luft.

Wien, 25. Januar.

Die Wiener Zeitung veröffentlicht heute eine Verordnung des Ministeriums des Innern, in der bestimmte Gebiete Oesterreich-Ungarns einschließlich des Lufttraumes darüber als für Luftfahrzeuge verbotene Zonen erklärt werden. Zu den dadurch der privaten Luftschiffahrt verschlossenen Gebieten gehören u. a. ganz Galizien, die Bukowina, die östlichen Teile Ober- und Niederösterreichs, die Grenzgebiete Tirols gegen die Schweiz und Italien, Triest mit seinen Küstengewässern, ganz Dalmatien und größere Teile Istriens und Kärntens.

Errichtung eines Dresdener Hauses auf der Internationalen Bauausstellung Leipzig 1913.

Dresden, 25. Jan. Das Zustandekommen der Sonderausstellung „Dresdener Haus“ ist nunmehr gesichert. Neben der Stadt Dresden werden sich die Dresdener Künstlervereinigungen, eine Anzahl von Baufirmen und zahlreiche Künstler aus den Kreisen des Dresdener Kunstgewerbes beteiligen. Die Sonderausstellung wird ein vollständiges und überflüssiges Bild der Dresdener Bau- und Raumkunst, des Kunstgewerbes und der kirchlichen Kunst bieten. Ueber die Aufnahme der einzelnen Objekte wird eine Aufnahmeentscheidung, die sich aus Willkürern der Dresdener Künstlervereinigungen zusammensetzt. Das Dresdener Haus wird nach dem Entwurf des Professors Oswin Hempel ausgeführt, der aus dem unter namhaften Dresdener Architekten ausgeschriebenen Wettbewerb hervorgegangen ist. Für das Gebäude ist von der Leitung der Leipziger Bauausstellung ein hervorragend günstig gelegener Platz an der Hauptstraße der Ausstellung zur Verfügung gestellt worden. Die Geschäftsstelle für die Sonderausstellung befindet sich im Neuen Rathaus zu Dresden. Dort werden Anmeldungen noch bis zum 8. Februar entgegengenommen.

Der ungarische Etat für das 3. Quartal 1912.

W. Budapest, 25. Jan. Für das 3. Quartal 1912 weisen die Gesamtbudgeteinnahmen des Staates eine Höhe von 480 889 907 Kronen und die Gesamtansgaben eine Höhe von 492 448 779 Kronen auf. Die Einnahmen sind um 34 772 016 Kronen und die Ausgaben um 44 414 088 Kronen größer als für das 3. Quartal 1911.

Beleidigungsklagen.

Strasbourg, 25. Jan. Wie die Noblesse, das Blatt Wetterles, meldet, haben drei altbayerische Beamte in Kolmar: der Steuertrat Klein, Rechnungsrat Heilmann und Rentmeister Wörz eine gemeinsame Beleidigungsklage gegen das Blatt wegen des vor einiger Zeit von der Noblesse gebrachten Antrags: Freise Sprößlinge der Jungkaiserin von 1871, angeklagt.

Essen, 25. Jan. In der Beleidigungsklage des englischen Leutnants Brandon, der auf der Zeitung Beise seine Satir verübt, gegen die Rheinisch-Westfälische Zeitung ist ein Vergleich zustande gekommen, nach welchem die Rheinisch-Westfälische Zeitung normaler Weise, daß sie durch ihren Gewährsmann getäuscht worden sei und daß ein Flichtverlauf Brandons nicht stattgefunden habe. Brandon hat darum keine Anklage zurückgelassen.

Ministerat in Rumänien.

Bukarest, 25. Jan. Heute vormittag fand unter Vorsitz des Königs in Gegenwart des Kronprinzen ein zweistündiger Ministerat statt. Die Minister haben sich darüber geeinigt, auf welchem Wege man in den Verhandlungen mit Bulgarien am schnellsten zu einem Ergebnis gelangen könnte.

Vermischte Drahtnachrichten.

Reg, 25. Jan. Auf dem der Kohlegewerkschaft Eleonora schickte in der Nähe von Weiz gebürtigen gleichnamigen Schwab sind gefangen 5 Bergarbeiter durch niederschlagende Kohlenmassen und glühende Äste erschlagen worden. 4 Arbeiter sind noch am Leben, aber mit schweren Brandwunden bedeckt, einer ist tot.

Redaktionsleitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Internat.: Albert Wartz; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. - Die Nummer umfaßt 12 Seiten. - einschließlich Unterhaltungsblatt.

KLOSS u. FOERSTER-SEKTE: 'ROT-KAPPCHEN' CABINET

Zu beziehen durch den Weinhandel. Vertreter: Carl Wicht, Halle a. Saale, Fernsprecher 3436.

